

Bildungspolitik in Frankreich

Von Charlotte Lauer*

Zusammenfassung: Ziel dieses Artikels ist es, die wesentlichen bildungspolitischen Erfahrungen der letzten Jahrzehnte in Frankreich darzustellen und im Hinblick auf die bildungspolitische Debatte in Deutschland zu bewerten. Die allgemeinen Ziele der Bildungspolitik, z. B. die Anhebung des Bildungsniveaus, die Verwirklichung sozialer Chancengleichheit, die Anpassung an den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel sowie ein großer Teil der Herausforderungen an das französische Bildungssystem – etwa die Bildungsexpansion, die Heterogenität der Schüler- und Studentenbevölkerung, die hohe Arbeitslosigkeit sowie steigende Kosten – gelten zum Teil auch für Deutschland. Somit zeigen die in Frankreich ergriffenen Maßnahmen alternative Wege, auf ähnliche Herausforderungen zu reagieren.

Summary: The aim of this paper is to present the French experience with respect to education policy in the past few decades and to assess it in the light of the educational debate in Germany. The general objectives of the French education policy, such as the raise of the education level in the population, the reduction of social inequalities, the response to economic and social changes, are largely similar to those prevailing in Germany. The difficulties faced by the education system – such as the educational expansion, the increasing heterogeneity of students, a high unemployment rate and rising costs – are largely common to both countries as well. Therefore, the policy measures taken by France with respect to educational policy show alternative ways to respond to similar problems.

1 Einleitung

In Frankreich hat die Bildungsfrage nicht auf die Ergebnisse der PISA-Studie gewartet, um ein zentrales und hochsensibles Thema der politischen Debatte zu werden. Dass das Bildungswesen mit neuen Herausforderungen konfrontiert ist, die Reformen zwingend nötig machen, ist unumstritten. Jedoch sind in der Vergangenheit die Reformversuche – und mit ihnen zumeist auch die Bildungsminister – häufig am massiven Widerstand der Bevölkerung gescheitert. Somit ist die Reformierung des französischen Bildungssystems ein höchst riskantes politisches Unterfangen.

Die größte Herausforderung stellt zunächst die Bildungsexpansion dar. Diese hat zwar zu einer politisch erwünschten Anhebung des durchschnittlichen Bildungsniveaus in der Bevölkerung geführt, jedoch zieht sie zugleich erhebliche Probleme nach sich. In erster Linie bewirkt sie einen massiven Anstieg der Bildungsausgaben, der das öffentliche Budget stark belastet. Darüber hinaus impliziert sie eine große Heterogenität der Schülerschaft. Mangels einer hinreichenden Anpassung der Lerninhalte und Methoden hat diese eine deutliche Zunahme des Schulversagens zur Folge. Dies ist umso dramatischer angesichts der hohen und persistenten Arbeitslosigkeit, von der in Frankreich in erster Linie die Jugend stark

* Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), L 7,1, D-68161 Mannheim, E-Mail: lauer@zew.de

betroffen ist, insbesondere wenn sie schulisch unqualifiziert ist. In diesem Zusammenhang hat die Bildungspolitik auf verschiedene Weise reagiert. Angesichts der Ähnlichkeit der wesentlichen Herausforderungen für die Bildungssysteme in Frankreich und Deutschland verspricht die Analyse der französischen Bildungspolitik aufschlussreiche Diskusionselemente für die deutsche bildungspolitische Debatte zu liefern. Ziel dieses Beitrags¹ ist es, die wesentlichen bildungspolitischen Erfahrungen der letzten Jahrzehnte in Frankreich darzustellen und zu bewerten, insbesondere im Hinblick auf die bildungspolitische Debatte in Deutschland.

Im ersten Schritt werden die charakteristischen Eigenschaften des französischen Bildungssystems hervorgehoben (Abschnitt 2). Anschließend werden die Grundziele der französischen Bildungspolitik der letzten Jahrzehnte dargestellt (Abschnitt 3). Danach werden die konkret durchgeführten Maßnahmen und Reformen präsentiert, zum einen die Maßnahmen, die sich eher auf die Struktur des Bildungswesens beziehen (Abschnitt 4), zum anderen die Reformen, die auf eine Verbesserung des Bildungsangebots abzielen (Abschnitt 5). Schließlich werden eine Zusammenfassung der französischen bildungspolitischen Erfahrungen der letzten Jahrzehnte in Frankreich angeboten und Rückschlüsse auf die bildungspolitische Diskussion in Deutschland gezogen (Abschnitt 6).

2 Das französische Bildungssystem

Abbildung 1 zeigt den Aufbau des französischen Bildungssystems.² Die Schule beginnt mit der freiwilligen und gebührenfreien Vorschule (*école maternelle*), die ganztägig besucht wird und in der der schulvorbereitende Charakter gegenüber dem Betreuungsaspekt im Vordergrund steht. Obwohl der Besuch der Vorschule freiwillig ist, ist er zu einer sozialen Norm geworden. Für die deutsche Debatte ergibt sich die Frage, wie sich der Besuch der ganztägigen *Ecole maternelle* auf den weiteren Schulverlauf auswirkt. Studien, über die in Veil (2002) berichtet wird, kommen zu dem Ergebnis, dass der Besuch einer Vorschule den Schuleintritt erleichtert und die Schulleistungen in der Grundstufe verbessert (d. h. weniger Klassenwiederholungen), sich diese positiven Effekte allerdings im weiteren Schulverlauf verringerten. Anders als in Deutschland dreht sich die französische Debatte nicht um die Frage Ganztags- oder Halbtagsvorschulen, sondern vielmehr um das Einschulungsalter der Kinder, d. h. ob sie schon mit zwei statt mit drei Jahren die Vorschule besuchen sollten. Laut Studien im Auftrag des nationalen Bildungsministeriums (Jeantheau und Murat 1998, Ministère de l'Éducation Nationale 2001) führe eine frühzeitige Einschulung zu einem signifikanten Vorteil hinsichtlich der Wahrscheinlichkeit der Klassenwiederholung, insbesondere für Kinder von leitenden Angestellten, aber auch für Kinder von Migranten.

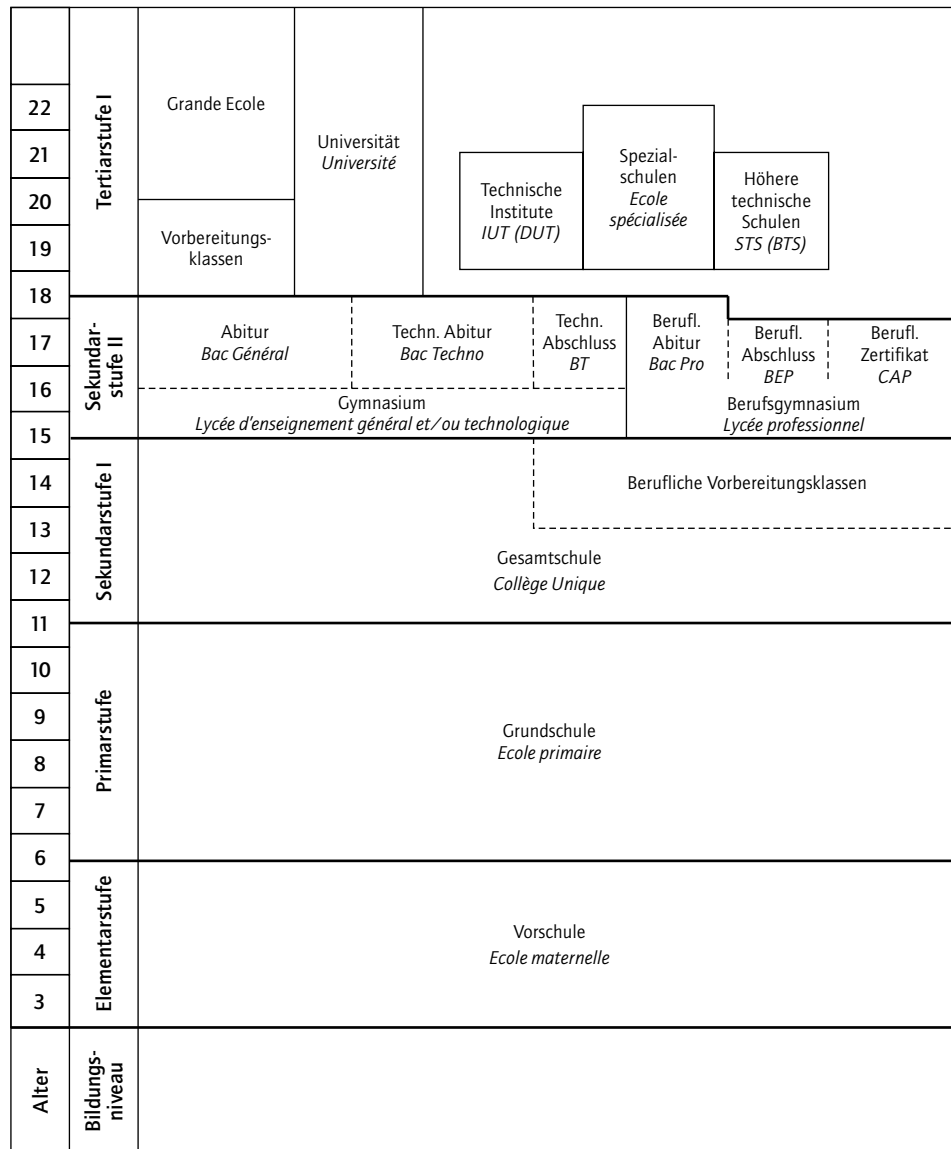
Ab dem sechsten Lebensjahr fängt die Grundschule (*école primaire*) an. Insgesamt lässt sich feststellen, dass französische Kinder im Vergleich zu deutschen Kindern sowohl früher eingeschult werden als auch mehr Unterrichtsstunden erteilt bekommen. Der ganztägige Charakter der Erstausbildung, von der Vorschule bis zum Abitur, wird in der französischen Bildungsdebatte nicht thematisiert, da dieser allgemein akzeptiert wird. Nach der Grundschule wechseln die Schüler in eine einheitliche Struktur, das *Collège unique*. Die Idee des *Collège unique* besteht darin, den Zeitpunkt der Trennung der Schüler nach Lernfähigkeit erst nach der Sekundarstufe I zu legen. Trotz des Anspruchs, allen Schülern die gleiche

¹ Eine Langfassung dieses Artikels ist als Diskussionspapier erhältlich (Lauer 2003b).

² Für eine detailliertere Darstellung des französischen Bildungssystems und einen Vergleich mit dem deutschen Bildungssystem vgl. Lauer (2001).

Abbildung 1

Das französische Bildungssystem



IUT/DUT: Institut/Diplôme Universitaire Technologique
 STS/BTS: Section/Brevet de Techniciens Supérieurs
 Bac Général: Baccalauréat Général
 Bac Techno: Baccalauréat Technologique

Bac Pro: Baccalauréat Professionnel
 BT: Brevet de Technicien
 BEP: Brevet d'Etudes Professionnelles
 CAP: Certificat d'Aptitude Professionnelle

Quelle: Lauer (2001).

Sekundarausbildung in den *Collèges uniques* zu vermitteln, finden in den *Collèges* durch-
 aus Selektionsprozesse statt. Die Orientierung in den beruflichen Bildungszweig erfolgt
 durch eine negative Selektion, bei der die Leistungsschwächeren aussortiert werden.

Aus der französischen Erfahrung ergibt sich für die deutsche bildungspolitische Debatte die Frage, ob entweder die Trennung der Schüler in unterschiedliche Strukturen oder die Integration von Schülern aller Fähigkeiten in eine einheitliche Struktur das geeignete Konzept im Hinblick auf Effizienz (Bildungsniveau) und soziale Chancengleichheit (Verteilung des Bildungsniveaus) ist. Das französische System setzt auf die Eingliederung der schwächsten Schüler – bis hin zu den Behinderten, sofern möglich – in Klassen höheren Niveaus und steht der Segregation der Schüler nach Lernfähigkeiten mit Skepsis gegenüber. Das deutsche System hingegen setzt größtenteils auf die Trennung der Schüler nach Lernfähigkeiten mit dem Ziel, einen an den Bedürfnissen der Schüler angepassten Unterricht zu erteilen. Eine genaue Untersuchung des Effekts dieser Strukturen auf den schulischen Erfolg der Schüler wurde nach dem Kenntnisstand der Autorin bislang noch nicht durchgeführt.

Sowohl das allgemeine Abitur als auch das technologische oder berufliche Abitur berechtigen zum Hochschulstudium. Eine Besonderheit der französischen Hochschullandschaft ist das Nebeneinander von Universitäten und Elitehochschulen, den so genannten *Grandes Ecoles* (Picht 1996). Die Aufnahme in die *Grandes Ecoles* erfolgt aufgrund scharfer Aufnahmeprüfungen mit beschränkter Stellenzahl (*concours*), auf die sich die Studenten in zwei bis drei Jahren in so genannten Vorbereitungsklassen (*classes préparatoires*) vorbereiten. Die *Grandes Ecoles* dienen zur Produktion einer Elite. Anders als die *Grandes Ecoles* führen die Universitäten in der Regel keine Eingangsauslese durch.

Im Hinblick auf die deutsche bildungspolitische Diskussion wirft die Betrachtung des französischen Bildungssystems die Frage nach der Vereinbarkeit vom Prinzip der Elitenbildung einerseits und dem Gleichheitsprinzip andererseits auf. An den Konzepten der Gleichheit und Gerechtigkeit, die den Kern der französischen republikanischen Tradition bilden, sind sowohl die Ideen der Chancengleichheit als auch die Idee der als unerlässlich geltenden Elitenbildung geknüpft. Somit steht in der französischen Bildungskonzeption die Chancengleichheit nicht im Widerspruch zur Bildung einer Elite, sondern bezieht sich auf das Ausleseverfahren, durch das die Elite produziert wird (Brauns 1996). Diese Konzeption erklärt, wie ein zentralistisch-egalitär geregeltes Bildungssystem dennoch ein hochselektives System sein kann. Der Begriff der „Elite“ hat in Deutschland hingegen eine negative Konnotation und wird zumeist mit Skepsis betrachtet und als Widerspruch zum Prinzip der Chancengleichheit aufgefasst (Brauns 1996).

3 Die Ziele und Ergebnisse der Bildungspolitik

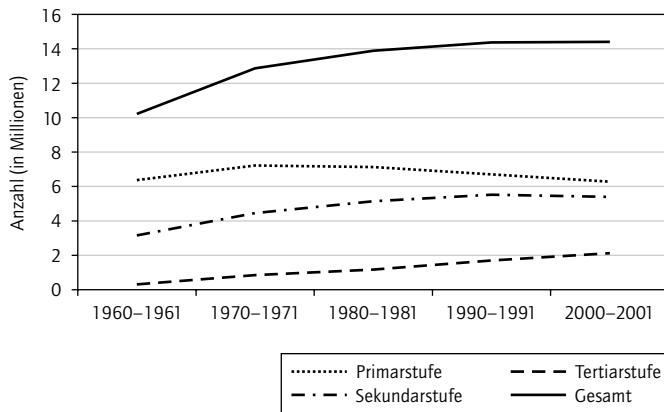
Anhebung des durchschnittlichen Bildungsniveaus

Das erste Ziel der Bildungspolitik der letzten Jahrzehnte besteht in einer quantitativen Ausweitung der Bildungsbeteiligung, die sich aus einer Breitenöffnung des Bildungswesens ergeben soll (Brauns 1998). Ziel dabei ist es, das Bildungsniveau in der gesamten Bevölkerung zu erhöhen. Im Rahmengesetz von 1989 wurde das Ziel festgelegt, bis zum Jahr 2000 mindestens 80 % einer Alterskohorte bis zur Hochschulreife zu führen.

Abbildung 2 zeigt das sehr starke Ausmaß der Bildungsexpansion in Frankreich, gemessen an den Schüler- und Studentenzahlen. Insgesamt ist festzustellen, dass die Expansion in den 60er und 70er Jahren besonders ausgeprägt war, sich danach jedoch verlangsamt hat.

Abbildung 2

Entwicklung der Schüler- und Studentenzahlen in Frankreich (ohne Überseegebiete)



Quelle: Ministère de l'Education Nationale, DPD.

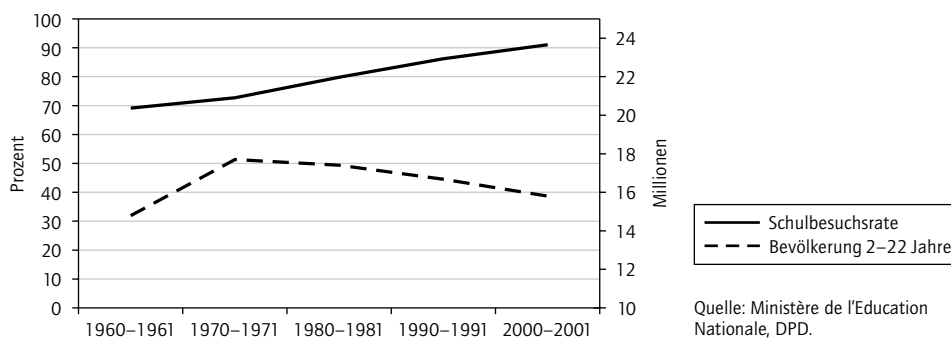
Verantwortlich für die Bildungsexpansion sind mehr schuldemographische als rein demographische Faktoren. So hat der Anteil der Altersgruppe 2 bis 22 Jahre, die eine Bildungseinrichtung besucht, vor allem seit den 70er Jahren ständig zugenommen, während in der gleichen Zeit die Bevölkerungszahl dieser Altersgruppe ständig abgenommen hat (Abbildung 3).

Diese massive Bildungsexpansion schlägt sich in einer Anhebung des allgemeinen Bildungsniveaus der Bevölkerung nieder. Abbildung 4 zeigt z. B. die Entwicklung des Anteils in einer Altersklasse, der die Hochschulberechtigung (*baccalauréat*) erlangt hat. Das proklamierte Ziel, dass bis zum Jahr 2000 mindestens 80 % einer Altersklasse die Hochschulreife erlangen, wurde zwar nicht erreicht, aber der Abiturientenanteil ist rasant gestiegen, von 20 % einer Generation im Jahre 1970 auf über 60 % im Jahre 2000. Die oberste Linie in Abbildung 4 zeigt, dass dieser Anstieg nur zum Teil auf eine gestiegene Erfolgsquote bei der *baccalauréat*-Prüfung zurückzuführen ist.

Abbildung 3

Bevölkerung im Alter von 2 bis 22 Jahren und Schulbesuchsrate

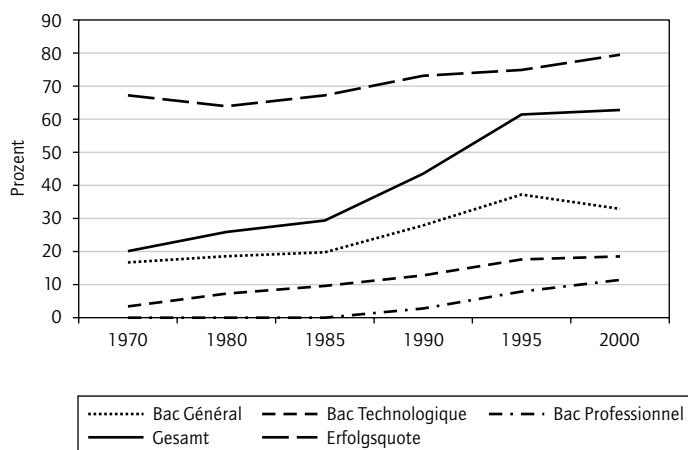
Anteil der Schüler/Studenten an der Bevölkerung von 2 bis 22 Jahren



Quelle: Ministère de l'Education Nationale, DPD.

Abbildung 4

**Anteil der Abiturienten in einer Altersklasse und Erfolgsquote beim Abitur
Verhältnis Bewerber/Zugelassene**



Quelle: Ministère de l'Education Nationale, DPD.

Soziale Chancengleichheit und Bekämpfung des Schulversagens

Ein weiteres Ziel im Hinblick auf die Demokratisierung des Bildungswesens ist die Verwirklichung sozialer Chancengleichheit. Doch das erreichte Bildungsniveau hängt stark von der sozialen Herkunft der Schüler und Studenten ab, wie in Tabelle 1 deutlich wird (vgl. Lauer 2003a). Dies gilt sowohl für ältere als auch für jüngere Generationen. Die Kinder von leitenden Angestellten sowie von Lehrern verfügen am häufigsten über einen Hochschulabschluss, die Kinder von ungelerten Arbeitern am seltensten. Allerdings hat in allen sozialen Schichten das Bildungsniveau zugenommen.

Tabelle 1

Bildungsabschluss und soziale Herkunft

In %

Soziale Herkunft	Kein Abschluss		Hochschulabschluss	
	1908–1912	1968–1972	1908–1912	1968–1972
Landwirte	66,1	9,6	0,9	32,9
Handwerker, Händler	38,2	12,8	1,4	33,1
Leitende Angestellte	19,7	4,9	14,6	64,8
Lehrer	17,1	4,2	19,8	69,4
Mittlere Führungskräfte	15,2	7,4	5,2	49,3
Angestellte	39,1	14,5	2,9	28,6
Facharbeiter	45,9	19,1	1,3	21,4
Ungelernte Arbeiter	65,2	27,3	0,3	12,2
Insgesamt	51,5	15,0	2,4	32,9

Lesebeispiel: 66,1 % der von 1908 bis 1912 geborenen Kinder von Landwirten haben keinen Bildungsabschluss.

Quelle: Thélot und Vallet (2002), basierend auf Daten der Enquête Emploi und der Enquête Formation et Qualification Professionnelles.

Die massive Ausweitung der Schülerzahlen impliziert zwar eine Anhebung des allgemeinen Bildungsniveaus in der Bevölkerung, sie führt aber auch zu einer größeren Heterogenität der Schülerschaft. Mangels einer hinreichenden Anpassung der Lerninhalte und Methoden verursacht dies ein beträchtliches Ausmaß an Schulversagen. Die Bekämpfung des Schulversagens ist inzwischen vorrangiges Ziel der Bildungspolitik.

Anpassung an die Bedürfnisse einer modernen Gesellschaft/Wirtschaft

Im Zuge der Industrialisierung und der Entwicklung zur Dienstleistungsgesellschaft ist die Nachfrage nach qualifizierter Arbeitskraft gestiegen. Dies hat zur Folge, dass die Geringqualifizierten besonders stark von Arbeitslosigkeit betroffen sind (Tabelle 2).

Tabelle 2

Arbeitslosenquote (ILO-Definition)

In %

	Januar 1990	März 1997	März 2002
Nach Alter			
15 bis 24 Jahre	19,1	28,1	20,2
25 bis 49 Jahre	8,1	11,5	8,3
50 Jahre oder älter	6,5	8,5	6,3
Nach Bildungsabschluss			
Kein Abschluss	13,0	17,5	14,1
BEP/CAP	8,4	11,4	8,3
Baccalauréat	6,5	11,4	8,2
Baccalauréat + 2	3,7	8,2	5,6
Baccalauréat + 3, 4 oder mehr	3,5	7,3	5,7
Insgesamt	9,2	12,3	8,9

Quelle: Gonzales-Demichel, Nauze-Fichet und Seguin (2002), basierend auf Daten der Enquête Emploi.

Ein derartiges Ausmaß an Jugendarbeitslosigkeit ist sicherlich eine Konsequenz der allgemeinen Lage auf dem Arbeitsmarkt, resultiert aber auch aus einem Missverhältnis zwischen den im Bildungssystem erworbenen Kenntnissen und den Anforderungen der Wirtschaft. Folglich gehören die Verbesserung der Verknüpfung der im Rahmen des Bildungswesens vermittelten Kenntnisse mit den Bedürfnissen des Arbeitsmarkts sowie die Erleichterung des Übergangs vom Bildungssystem in das Beschäftigungssystem auch zu den Zielen der französischen Bildungspolitik.

4 Reform der Strukturen und Ressourcen

Angesichts dieser Herausforderungen hat die Bildungspolitik³ auf verschiedene Weise reagiert. In diesem Abschnitt werden die wesentlichen Reformen, die sich auf die Strukturen des Bildungswesens beziehen, dargestellt.

³ Weitere Details sind in der Langfassung von Lauer (2003b) zu finden.

Tabelle 3

Bildungsausgaben¹

	1975	1985	1995	2001
Bildungsausgaben				
Insgesamt (in Mrd. Euro)	52,2	68,8	90,8	100,7
In % des BIP	6,5	6,8	7,3	7,0
Pro Einwohner (in Euro)	990	1 240	1 560	1 690
Ausgaben pro Schüler (in Euro)				
Insgesamt	3 390	4 370	5 480	6 260
Primarstufe	2 220	3 020	3 660	4 310
Sekundarstufe	4 520	5 430	6 990	7 880
Tertiärstufe	6 590	7 220	7 400	8 390

¹ In Preisen von 2001.

Quelle: Ministère de l'Education Nationale, DPD.

Die Erhöhung der Bildungsinvestition

Die politisch gewünschte Bildungsexpansion bedingt einen massiven Anstieg der Kosten. Wie Tabelle 3 zu entnehmen ist, haben sich die Gesamtausgaben für Bildung seit Mitte der 70er Jahre fast verdoppelt. Pro Einwohner bedeutet dies eine starke Zunahme der Bildungsausgaben. Die Erhöhung der Bildungsinvestitionen, die alle Stufen des Bildungssystems betroffen hat, wird noch deutlicher bei der Betrachtung der Ausgaben pro Schüler.

Dezentralisierung

Anders als in Deutschland, wo sich die (kaum vorhandene) Debatte auf eine eventuelle Verlagerung von Bildungskompetenzen von der Länder- auf die Bundesebene bezieht, zielen in Frankreich die Reformen auf eine stärkere Dezentralisierung der traditionell zentralistisch geprägten Bildungspolitik ab. Ziel ist es, die Zuständigkeiten der lokalen Entscheidungsträger zu erweitern. Wie in Tabelle 4 zu erkennen ist, hat die Beteiligung der Gebietskörperschaften an der Finanzierung des Bildungswesens zugenommen, sie umfasste jedoch im Jahre 2001 weniger als 21 % des Gesamtaufwands. Trotz aller Bemühungen um eine Dezentralisierung des Bildungswesens bleibt somit der Staat nach wie vor der Hauptentscheidungsträger in Bildungsfragen.

Tabelle 4

Verteilung des Finanzierungsaufwands für Bildung

In %

	1975	1985	1995	2001
Staat	70,0	67,3	64,9	64,5
Gebietskörperschaften	14,1	15,6	20,0	20,7
Sonstiges ¹	15,9	17,1	15,1	14,8

¹ Andere öffentliche Einrichtungen oder Unternehmen bzw. Haushalte.

Quelle: Ministère de l'Education Nationale, DPD.

Stärkung der Autonomie der Bildungseinrichtungen

Im Jahre 1985 haben die *Collèges* und *Lycées* einen neuen Status erlangt. Damit sollte den Schulen eine größere Autonomie verliehen werden, durch die sie sich besser an ihr jeweiliges soziales, kulturelles und wirtschaftliches Umfeld anpassen können. Die Universitäten verfügten in Bezug auf Unterrichtsangelegenheiten stets über einen höheren Grad an Entscheidungsfreiheit. Jedoch wurde auch ihnen allmählich eine Zunahme an Autonomie gewährt.

Einrichtung der ZEP

1982 wurde die Politik der so genannten „bildungspolitischen Prioritätsgebiete“ (*Zones d'Education Prioritaire – ZEP*) initiiert, die dann 1990 und auch 1998 wieder aufgegriffen wurde. Die Idee der ZEP ist es, bestimmte sozial benachteiligte Gebiete zu bildungspolitischen Prioritätsgebieten zu erklären, in denen die Bildungs- und Erziehungsarbeit verstärkt getätigt wird (Fauroux-Bericht, Fauroux 1996). Die ZEP bekommen zusätzliche Mittel: Lehrer und nicht unterrichtendes Personal, Lehrstunden und ein Budget für pädagogische Maßnahmen oder außerschulische Begleitmaßnahmen. Somit soll eine „positive Diskriminierung“ zugunsten der am stärksten Benachteiligten erfolgen.

Heutzutage betreffen die ZEP etwa 15 % der Grundschüler und 18 % der *Collège*-Schüler (Moisan 2002). Seit 1989 wird in Frankreich jedes Jahr nationalweit eine Evaluation der Leistungen von allen Schülern in der dritten Grundschulklasse sowie in der ersten Klasse des *Collège* durchgeführt. Die absoluten Zahlen in den Testergebnissen deuten auf eine große Kluft zwischen den Schulen in den ZEP und den anderen Schulen hin. Der Abstand ist jedoch unter Berücksichtigung der sozio-demographischen Charakteristika nicht sehr groß (Andrieux und Colmant 2001, Andrieux, Dupé und Robin 2002).

5 Reform des Bildungsangebots

Reform der Schulen im Primarbereich

Ziel der Reform des Elementar- und Primarbereichs, die 1992 in Kraft trat, war es, den Unterricht an die unterschiedlichen Bedürfnisse der Kinder im Zusammenhang mit ihrem individuellen Rhythmus anzupassen. Zu diesem Zweck wurde der Unterricht im Primarbereich in mehrjährige Stufen statt Schuljahren umorganisiert. Die Zielvorgaben, die von den Schülern erreicht werden müssen, werden nicht mehr für jedes Jahr festgelegt, sondern für jede Stufe. Erst am Ende der Stufe wird evaluiert. Damit soll die Häufigkeit der Klassenwiederholungen verringert werden, die zuvor jedes Jahr erfolgen konnten. Auch soll das neue System genug Flexibilität bieten, um den Schülern mit einem schnelleren Lerntempo zu ermöglichen, die Stufe um ein Jahr zu verkürzen. Insgesamt zielt die Reform auf eine verstärkte Individualisierung des Unterrichts.

Reform der *Collèges*

Die wichtigste Reform der letzten Jahrzehnte im *Collège*-Bereich war die Einführung des *Collège unique* durch das Haby-Gesetz 1975. Vor diesem Datum gab es, ähnlich wie im

deutschen System, drei unterschiedliche Schultypen: das *Lycée*, das zum Abitur (*baccalauréat*) führte; das *Collège*, das eine kürzere Sekundarbildung erteilte; und die so genannten Übergangssektionen (*sections de transition*), die Grundkenntnisse vermittelten. Diese Schultypen wurden 1975 zu einem Schultyp vereinheitlicht. Die Ziele dieser Reform sind mehrfach: Zum einen entstand die Hoffnung, das allgemeine Bildungsniveau der gesamten Bevölkerung durch diese Reform erhöhen zu können, indem die schwächeren Schüler in Klassen von höherem Niveau integriert werden. Zum anderen erwartete man von dieser Reform einen Beitrag zu mehr Chancengleichheit zwischen den sozialen Schichten.

Reform der beruflichen Bildung

Wie bereits erwähnt, erfolgt allerdings in Frankreich die Orientierung der Schüler hin zu den beruflichen und technischen Bildungszweigen in der Regel nicht im Sinne einer positiven Entscheidung, sondern vielmehr als Konsequenz des Scheiterns im allgemein bildenden Bildungswesen. Daher haben beruflich-technische Studiengänge traditionell einen niedrigen Stellenwert auf dem Arbeitsmarkt und die Schüler eine ablehnende Haltung ihnen gegenüber. Vor diesem Hintergrund zielen die Reformen auf eine Aufwertung der beruflich-technischen Studiengänge ab. Die durchgeführten Reformen waren also auf folgende Ziele ausgerichtet (Eurydice 2000a):

- Einerseits soll die Durchlässigkeit des Bildungssystems durch die Vervielfachung der „Übergangsmöglichkeiten“ oder „Brückenklassen“ (*passerelles*) erhöht werden. Damit soll erreicht werden, dass die Schüler der beruflichen und technischen Studiengänge die Gelegenheit haben, wieder zum allgemein bildenden Bildungswesen zu wechseln.
- Andererseits soll der Anteil des allgemein bildenden Unterrichts in den technischen und beruflichen Lehrplänen erhöht werden. So sollen die beruflich-technischen und die allgemein bildenden Zweige einander angenähert werden. Dies ist auch eine Bedingung für eine erfolgreiche Nutzung der Übergangsmöglichkeiten für eine Rückkehr in das allgemein bildende Bildungswesen.

In der Praxis sind drei Schritte unternommen worden: die Einrichtung der technischen dritten und vierten *Collège*-Klassen, die Schaffung des beruflichen Abiturs (*baccalauréat professionnel*) und die Schaffung von Eingliederungsklassen, in denen Schüler mit Lernschwierigkeiten Förderunterricht erhalten.

Die berufliche Bildung wird in Frankreich traditionell in Vollzeitschulen erteilt. Allerdings wurden als Reaktion auf die extrem hohe Jugendarbeitslosigkeit duale Qualifikationsmaßnahmen (*formation en alternance*) kreiert. In diesem Sinne sind solche Maßnahmen nicht Bestandteil der Bildungspolitik, sondern vielmehr der Arbeitsmarktpolitik. Diese dualen Qualifikationsmaßnahmen sind weitgehend vom deutschen Modell der dualen Ausbildung inspiriert und kombinieren einen theoretischen Unterricht auf Teilzeitbasis mit einer praktischen Ausbildung im Unternehmen.

Reform der *Lycées*

1992 wurden die *Lycées* reformiert. Ziel der Reform war es zum einen, die Hierarchie zu beseitigen, die sowohl zwischen den verschiedenen Abiturtypen – z. B. zwischen allgemeinen und fachlichen Abituren – als auch zwischen den einzelnen Unterrichtsfächern innerhalb eines Abiturtyps bestand. Der naturwissenschaftliche Zweig, der mit dem *Baccalauréat C* (mit einem starken Schwerpunkt auf Mathematik und Physik) seinen Abschluss fand, genoss bei Eltern, Schülern, Lehrern sowie bei den renommierten Hochschulen und in der Wirtschaft das höchste Ansehen. Diese hierarchische Gliederung wird in mehrfacher Hinsicht als problematisch betrachtet (Eurydice 2000a). Zum einen bringt dies die Schüler dazu, Ausbildungswege zu wählen, die nicht unbedingt ihren Wünschen und Fähigkeiten entsprechen. Darüber hinaus beruhte dieser Spitzenzweig im Wesentlichen auf einem hohen mathematischen Niveau, und zwar zu rein selektiven Zwecken, da das mittlerweile geforderte Anspruchsniveau sich angesichts der Anforderungen der meisten Beschäftigungen nicht rechtfertigen lässt.

Ziel der Reform der *Lycées* war also, die Schüler dazu zu bringen, den für sie optimalen Zweig im Sinne von Wünschen und Fähigkeiten zu wählen. Zu diesem Zweck ist die Anzahl der möglichen Abiturserien zunächst in den *Lycées* für den allgemein bildenden Bereich stark reduziert worden. Innerhalb der Serien gibt es Kernfächer, die das Profil der Serie prägen. Die Reform kann aber erst dann wirken, wenn die *Grandes Ecoles* oder medizinischen Fakultäten ihre Aufnahmekriterien ändern und sich weniger an den Mathematikleistungen ausrichten.

Der zweite Aspekt der Reform der *Lycées* zielt auf eine bessere Bewältigung der Vielfalt der Schülerbevölkerung und der Heterogenität der Klassen ab. Die Reform der *lycées* sieht eine stärkere Differenzierung und Individualisierung des Unterrichts vor, sowohl in der Unterrichtsorganisation als auch im Orientierungsprozess. Ein Teil des Unterrichts wird in Kleingruppen (*modules*) erteilt, um die Schullaufbahnentscheidungen individuell und schrittweise zu gestalten.

Reform des Hochschulbereichs

Die Bildungsexpansion im Hochschulsektor war in Frankreich besonders ausgeprägt (vgl. Abbildung 2). Die Folgen sind eine Krise der Hochschulfinanzierung, eine heterogen zusammengesetzte Studentenbevölkerung und eine hoffnungslose Überfüllung der Universitäten.

Angesichts der miserablen Studienbedingungen an den Universitäten wurde in vielen Studienfächern versucht, durch scharfe Prüfungen in den ersten Jahren die Masse der Studenten zu reduzieren. Die Folge ist eine hohe Studienabbrecherquote. Laut Fauroux-Bericht (Fauroux 1996) erreichen 40 % der Studenten nach drei bis vier Jahren nicht das DEUG (Abschluss *baccalauréat* + zwei Jahre). Es läge nahe, dem Problem der Überfüllung an den Universitäten und des Studienabbruchs mit der Einführung von Restriktionen für den Zugang zu den Universitäten zu begegnen, wie sie bei den *Grandes Ecoles* existieren. In der Tat hat man in den letzten Jahrzehnten Schritte in diese Richtung unternommen. Schon bei ihrer Einrichtung Ende der 60er Jahre wurde den *Instituts Universitaires Technologiques* (IUT), die eine kurze Ausbildung mit praktischer Ausrichtung erteilen, erlaubt, eine maximale Zahl an Studenten festzulegen und diese aufgrund ihrer bisherigen Qualifikation auszuwählen.

Auch sind in manchen Fachrichtungen, z. B. in der Medizin, Numerus-clausus-Regeln eingeführt worden. Dennoch stößt jeder Versuch größeren Umfangs, eine Selektion beim Zugang zu den Universitäten einzuführen, auf sofortige Ablehnung in der Bevölkerung und eines Großteils der politischen Klasse. Insgesamt hält die französische Bildungspolitik am Ziel einer systematischer Höherqualifikation der gesamten Bevölkerung fest.

Daher griff die Bildungspolitik zu anderen Mitteln, um die Lerninhalte zum einen an die Bedürfnisse der Wirtschaft und zum anderen an die Heterogenität der Studentenbevölkerung anzupassen. Eine Reihe von neuen Studiengängen und Diplomen mit einer praktischeren Ausrichtung (z. B. im Bereich Ingenieurwesen, Wissenschaft und Technologie, Betriebswirtschaftslehre, Informatik, Biologie) wurde eingerichtet. Parallel dazu hat sich im nichtuniversitären Sektor ein weniger selektiver Zweig entwickelt mit einer Vielzahl von *Grandes Ecoles*, deren Aufnahmebedingungen weniger streng sind (so genannte „*petites Grandes Ecoles*“).

6 Zusammenfassung und Schlussfolgerung

Das französische Bildungssystem hat charakteristische Züge und Traditionen, z. B. der hohe Grad an Zentralismus, die Vor- und Ganztagschule oder die traditionelle Elitenbildung, die das System prägen. Dementsprechend werden in Frankreich andere Probleme thematisiert als in Deutschland. So gibt es in Frankreich weder eine Debatte um die Ganztagschule noch um die Bildung einer Elite durch die *Grandes Ecoles*, da diese gesellschaftlich schon längst akzeptiert sind. Die als wichtig geltenden Ziele und Gegenstand der bildungspolitischen Debatte sind eher die Dezentralisierung des Bildungssystems, die Anpassung des Bildungsangebots an die stärker gewordene Schülerheterogenität und insbesondere die Bekämpfung des Schulversagens, die Aufwertung der beruflichen Ausbildung und Verbesserung der Eingliederung in den Arbeitsmarkt und schließlich die Verringerung der sozialen und geographischen Chancenungleichheiten.

Verschiedene Schritte wurden in Richtung einer stärkeren Dezentralisierung der Bildungspolitik unternommen. Auch wenn eine gewisse Verlagerung der Kompetenzen zu beobachten ist, bleibt jedoch insgesamt das System sehr stark zentralisiert. Weiterhin wurden zu Beginn der 80er Jahre in den sozial benachteiligten Gebieten „bildungspolitische Prioritätsgebiete“ (ZEP) geschaffen, für die zusätzliche Mittel bereitgestellt werden, mit denen das Schulversagen in diesen Gebieten bekämpft werden soll. Die bisherigen Erfahrungen deuten auf einen gewissen Erfolg der ZEP hin.

Weitere Reformen dienen der Modernisierung des Unterrichts. Im Primarbereich wurde der Unterricht in mehrjährige Stufen statt in Jahreseinheiten umorganisiert, um somit dem unterschiedlichen Lerntempo der Schüler Rechnung zu tragen und unnötige Klassenwiederholungen zu vermeiden. Die wichtigste Reform der letzten Jahrzehnte im *Collège*-Bereich war die Einführung des *Collège unique*, das die vorherigen unterschiedlichen Schultypen vereinheitlichte. Ziel war es, die Bevölkerung auf ein höheres Bildungsniveau zu bringen, aber auch die soziale Ungleichheit, die bei einer Segregation der Schüler in unterschiedliche Schulen als stärker gesehen wird, zu bekämpfen.

Angesichts der beträchtlichen Heterogenität der Schüler und des Ausmaßes an Schulversagen in den *Collèges* wurde das Angebot an Bildungsgängen verstärkt, die praxisorientiert

sind und auf den Erwerb von beruflichen Fertigkeiten abzielen. Da berufliche Ausbildungsgänge in Frankreich einen niedrigen Stellenwert haben und die allgemeine Bildung traditionell den Vorrang hat, bestand das Ziel in einer Aufwertung der beruflichen Ausbildung, zum einen durch die Einrichtung von „Brückenklassen“, die die Rückkehr zum allgemein bildenden Zweig ermöglichen, zum anderen durch die Erhöhung des Anteils des allgemein bildenden Unterrichts in den technischen und beruflichen Lehrplänen. Außerdem wurden ein neues Diplom geschaffen – der berufliche *baccalauréat* – und duale Formen der Ausbildung oder Qualifikationsmaßnahmen – nach dem deutschen Muster – ausgeweitet.

Im *Lycée*-Bereich zielten die Reformen zum einen auf die Verringerung der hierarchischen Gliederung der Abiturserien und insbesondere der Vorherrschaft des mathematischen Abiturzweigs, zum anderen auf eine stärkere Individualisierung des Unterrichts durch die Einführung von modularen Unterrichtseinheiten und Wahlpflichtfächern. Im Hochschulbereich ist vor allem an das Problem der Überfüllung der Universitäten in den zwei ersten Jahren des Studiums herangegangen worden. Das Bildungsangebot hat sich mit der Schaffung von kurzen Studiengängen im universitären Bereich und der Entstehung von weniger selektiven Hochschulen im *Grandes Ecoles*-Bereich erheblich diversifiziert.

Insgesamt wurde in Frankreich für den Bereich Bildung in den letzten Jahren eine Politik der kleinen Schritte verfolgt, die auf die stufenweise Verbesserung der Strukturen des Bildungswesens, aber auch auf eine Anpassung des Bildungsangebots an die neuen Bedürfnisse abzielt. Dabei sind Begriffe wie Individualisierung des Unterrichts, stärkere Praxisorientierung und Flexibilisierung Schlüsselbegriffe. Die Betrachtung der französischen Erfahrungen im Bereich Bildungswesen liefert interessante Diskusselemente für die bildungspolitische Diskussion in Deutschland. Die allgemeinen Ziele der Bildungspolitik (Anhebung des Bildungsniveaus, soziale Chancengleichheit, Anpassung an den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel) sowie ein großer Teil der Herausforderungen an das Bildungssystem (Bildungsexpansion, Heterogenität der Schüler- und Studentenbevölkerung, Arbeitslosigkeit, steigende Kosten) gelten zum Teil auch für Deutschland, so dass die in Frankreich ergriffenen Maßnahmen alternative Wege anbieten, auf solche Herausforderungen zu reagieren.

Literaturverzeichnis

- Andrieux, V. und M. Colmant (2001): *Les élèves en début de CE2 – Evaluation de septembre 1999*. Note d'information 00-01, Ministère de l'Éducation nationale. Paris.
- Andrieux, V., C. Dupé und I. Robin (2002): *Les élèves en début de sixième – Evaluation de septembre 1999*. Note d'information 00-02, Ministère de l'Éducation nationale. Paris.
- Brauns, H. (1996): Zur Vereinbarkeit von Chancengleichheit und Eliteformation im Bildungswesen – Das Beispiel Frankreich. *Zeitschrift für internationale erziehungs- und sozialwissenschaftliche Forschung*, 13 (1), 13–47.
- Brauns, H. (1998): *Bildung in Frankreich – Eine Studie zum Wandel herkunfts- und geschlechtsspezifischen Bildungsverhaltens*. Opladen, Leske + Budrich.
- Eurydice (2000a): Zehn Jahre Reformen im Bildungswesen im Bereich der Schulpflicht (1984–94) – Frankreich. Download unter www.eurydice.org (Stand 15.02.2003).
- Eurydice (2000b): Two Decades of Reform in Higher Education in Europe: 1980 Onwards. Download unter www.eurydice.org (Stand 15.02.2003).
- Fauroux, R. (1996): *Pour l'École*. Paris, La Documentation Française.

- Jeantheau, J. P. und F. Murat (1998): *Observation à l'entrée au CP des élèves du „Panel 1997“*. Note d'information 98-40, Ministère de l'Education nationale. Paris.
- Lauer, C. (2001): *Educational Attainment: A French-German Comparison*. ZEW-Dokumentation 01-02. Mannheim.
- Lauer, C. (2003a): Family Background, Cohort and Education: A French-German Comparison Based on a Multivariate Ordered Probit Model of Educational Attainment. *Labour Economics*, 10 (2), 231–251.
- Lauer, C. (2003b): Bildungspolitik in Frankreich. *ZEW-Dokumentation*, 3–43.
- Moisan, C. (2002): Les ZEP: bientôt vingt ans. *Education & Formations*, 61, 1–14.
- Ministère de l'Education Nationale (Hrsg.) (2001): L'éducation prioritaire. *Education & Formations*, 60, 1–31.
- Picht, R. (1996): Zeitbombe Bildungssystem: Hoffnung auf Reform? *Aktuelle Frankreich-Analysen*, 5, 1–12.
- Veil, M. (2002): Ganztagschule mit Tradition: Frankreich. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 41/2002, 29–37.